

Warum stellt unser Bildungssystem eine Alternative zur Schulpolitik Bonns dar?

Gegen den im Bonner Staat grassierenden Bildungsnotstand demonstrierten am 1. Juli 1965 in 120 westdeutschen Städten über 50 000 Studenten mit ihren Professoren und Dozenten, vereint mit Schülern und jungen Arbeitern. In Reden und auf den mitgeführten Plakaten und Spruchbändern wurden mit erstaunlicher Deutlichkeit die gesellschaftlichen Hintergründe der Bildungskatastrophe aufgezeigt: „Bildungsnotstand hängt am System“, „Statt Notstandsgesetze — Gesetze gegen den Bildungsnotstand“, „Weniger Panzer, mehr Professoren!“

Notstandskanzler Erhard zeigte sich darob auch sehr ungehalten und bezeichnete die Protestaktionen als „ungeheuren Unfug“. Zum wiederholten Male sagte er in diesem Zusammenhang, „die Familien und nicht der Staat sind vorrangig für die Bildung der Jugend verantwortlich“.

Mit dieser Feststellung befindet sich Erhard sogar auf dem Boden der Verfassungswirklichkeit. Denn im Grundgesetz ist nirgends ein Recht auf hohe Bildung für alle verankert. Lediglich im Artikel 7 ist das Recht auf Grundschulbildung geregelt. Damit ist der Anspruch der westdeutschen Jugend auf Bildung auf einen Bruchteil des objektiv gerechtfertigten Umfanges reduziert; ihr Anspruch an den Staat ist mit der Grundschulausbildung erschöpft, und sie habe, so möchte man ihr glauben machen, damit ihrer Bildung Genüge getan.

Vergleiche zugunsten der DDR

Die Bildungspolitik in Westdeutschland ist Teil der imperialistischen Politik, die die Unterdrückung der Werktätigen zum Inhalt hat und deshalb zutiefst antidemokratisch ist. Diese Tatsache drückte G. Benz vom Hauptvorstand der westdeutschen IG Metall am 1. Juli auf einer Kundgebung aus, indem er feststellte, daß es in der Bundesrepublik nicht auf diese oder jene Schönheitsreparatur am Bildungssystem ankomme, sondern auf seine konsequente De-

mokratisierung, auf eine ausreichende Bildung für alle. Er wies dabei darauf hin, daß kaum fünf Prozent Arbeiterkinder und noch weniger Bauerkinder an den Universitäten und Hochschulen studieren. In „Ostdeutschland“ sei der prozentuale Anteil dieser Schichten zehn- bis zwölfmal so hoch; hier würden mit aller Konsequenz und unter Bereitstellung der notwendigen Mittel alle Begabungsreserven erschlossen.

Überhaupt kam am 1. Juli die DDR, speziell ihr Bildungssystem, sehr oft zur Sprache. Das fand seinen Ausdruck auch in solchen Losungen, die besagten, daß der Westen in der Bildungsstatistik am letzter — der Osten dagegen an erster Stelle stehe.

Die Tatsache, daß in der Bundesrepublik immer mehr Menschen im Bildungssystem der Deutschen Demokratischen Republik eine solche echte Alternative zur Bildungskrise im eigenen Staat sehen, wurde in der letzten Zeit immer deutlicher hörbar. So hat das bekannte „Wirtschaftswissenschaftliche Institut der Gewerkschaften“ in Köln am 23. Juli eine Stellungnahme in Form einer Analyse zu unserem Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem veröffentlicht. Hierin kommt das Institut zu dem Schluß, daß die DDR bereits mit der Einführung der Zehnklassenschule einen bedeutenden Vorsprung vor der Bundesrepublik erreicht habe. Unser neues Bildungssystem bringe zum Ausdruck, daß es sich bei uns „in der Tat um ein einheitliches, übersichtlich gegliedertes und zweifellos den Erfordernissen einer modernen Industriegesellschaft durchaus angepaßtes Bildungssystem“ handle. Das neue Gesetz sei um so bemerkenswerter, „als es zu einem Zeitpunkt in Kraft trat, der in der Bundesrepublik durch eine kaum noch zu überbietende Konfusion im Bildungs- und Berufsbildungswesen gekennzeichnet ist“.

Interessant an dieser Analyse ist auch die Feststellung, daß es nicht die Absicht des polytech-